

## 04/2018

### **Wieder verfügbar: „Wegweiser durch die digitale Welt“**

Die Internet Anleitung für ältere Bürgerinnen und Bürger: Dass das Internet als Informations- und Kommunikationsplattform auch älteren Menschen viel zu bieten hat, wissen auch „Späteinsteiger“. Um ihnen eine Hilfe an die Hand zu geben, hat die BAGSO bereits vor zehn Jahren eine Broschüre erstellt, die ältere Menschen Schritt für Schritt auf ihrem Weg in die digitale Welt begleitet. In der 96 Seiten umfassenden **aktualisierten** Broschüre werden die Themen aufgegriffen, die für Neulinge im Internet – und zum Teil auch für Fortgeschrittene – von Interesse sind. Dank der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz konnte der Wegweiser nun in einer **8. Auflage** nachgedruckt werden. Die Broschüre kann kostenfrei über den Publikationsversand der Bundesregierung bezogen werden: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Servicetelefon: 030 18 272 272 1, Servicetefax: 030 18 10 272 272 1

### **Ein wichtiger und richtiger Schritt in Sachen Pflege, aber nur ein Schritt**

Der Vorsitzende und die Stellvertretende Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Franz Müntefering und Prof. Dr. Ursula Lehr erklären: Wir begrüßen die Nachrichten, die in den letzten Stunden zum Thema Pflege aus der Verhandlungskommission von CDU, CSU und SPD gekommen sind. Es geht um Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige, mehr Personal in der Pflege und bessere Arbeitsbedingungen auch in der ambulanten Pflege.

Die BAGSO und andere Seniorenorganisationen und Sozialverbände haben nachdrücklich darauf hingewiesen: Die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt deutlich zu. Familien, die pflegen, benötigen Entlastung. Es gibt nicht genügend berufliche Pflegefachkräfte. Diese werden bisher oft unzureichend entlohnt. Es fehlen so Zeit und Fähigkeit für eine bezahlbare menschenwürdige Pflege.

Das Thema bleibt auf der Tagesordnung, insbesondere was die familiäre Pflege in den Familien angeht, zumal viele der zukünftigen Seniorinnen und Senioren weniger oder keine Kinder haben. Aber die potenziellen Koalitionäre gehen hier einen nötigen und richtigen Schritt.

### **Ärzte weisen Patienten am Ende des Quartals häufiger ab**

In den Monaten März, Juni, September und Dezember vergeben Ärzte deutlich weniger Termine an gesetzlich versicherte Patienten als in den übrigen Monaten des Jahres – aus finanziellen Gründen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Gesundheitsstudie aus Hamburg. Je nach Fachrichtung werden zwischen 50 und 90 Prozent der angebotenen Leistungen nur bis zu einer bestimmten Obergrenze von den gesetzlichen Krankenkassen voll bezahlt. Führen Ärzte mehr Routineuntersuchungen durch als das sogenannte Globalbudget zulässt, erhalten sie nur noch eine geringere Erstattung von den Krankenkassen. Für Patienten mit privater Krankenversicherung besteht diese Einschränkung bekanntlich nicht. Die Obergrenze führt dazu, dass die medizinischen Leistungen in den letzten vier Wochen eines Quartals – also im März, Juni, September und Dezember – stark reduziert werden. Die Entscheidung, Patienten anzunehmen oder abzuweisen, wird somit am Ende eines Vierteljahres zunehmend von finanziellen Gründen geleitet. Vertragsärzte konzentrierten sich dann häufig auf die Leistungen, die keinen mengenbegrenzenden Regelungen unterliegen, zum Beispiel Impfungen, Vorsorge und ambulante Operationen. Zugleich lasse sich ein Anstieg bei den Abrechnungen für den ärztlichen Bereitschaftsdienst beobachten. Hier sei eine Zunahme von rund 19 Prozent etwa drei bis vier Wochen vor Quartalsende am größten. Allgemeinmediziner reduzieren alle Leistungen. Das ambulante Vergütungssystem führt dazu, dass weniger Behandlungen am Quartalsende stattfinden und es einen sprunghaften Anstieg am Quartalsanfang gibt. Der deutlichste Effekt zeigt sich laut Studie bei Hautärzten und Augenärzten. Sie reduzierten Termine, die in das Globalbudget fallen, alle drei Monate um rund 14 Prozent, Orthopäden und Hals-Nasen-Ohren-Ärzte um knapp zehn Prozent. Bei den Behandlungen, die keiner Limitierung unterliegen, gab es über das Jahr kaum Veränderungen.